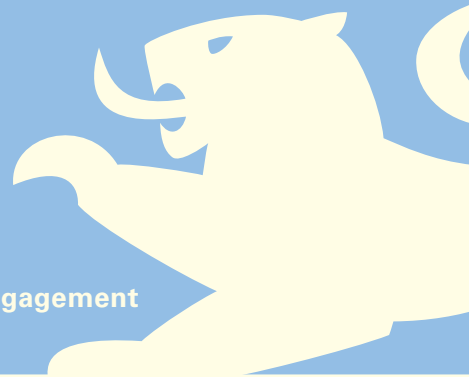


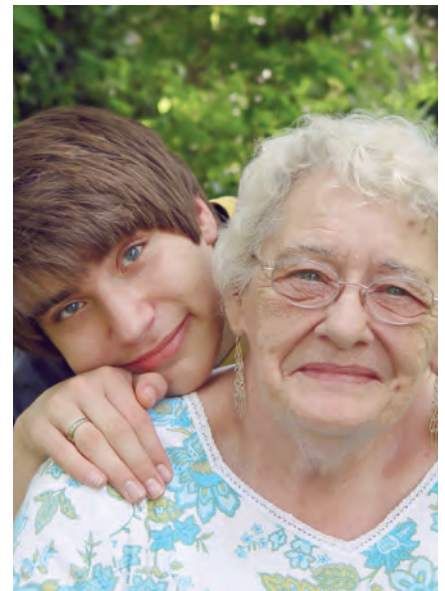
1. Ausgabe Mai 2009

TRENDS 2009

# Das Wissensmagazin

aus Baden-Württemberg. Zahlen, Daten, Fakten zum bürgerschaftlichen Engagement





## Editorial

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Baden-Württemberg ist seit langem Vorreiter beim bürgerschaftlichen Engagement. Beinahe jeder Zweite und jede Zweite in unserem Bundesland sind in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen oder in gemeinschaftlichen Initiativen und Projekten aktiv. Bürgerschaftliches Engagement wird lebendig überwiegend in der Nachbarschaft. In der Kommune wirken engagierte Menschen in vielfältiger Weise zusammen. Ob im Verein, in der Bürgerinitiative oder in einem bestimmten Projekt: Sie tragen Verantwortung für das partnerschaftliche Miteinander in unserer Gesellschaft. Sie gestalten ein gedeihliches Zusammenleben maßgeblich mit. Dabei brauchen sie Unterstützung von Politik und Verwaltung. Mit dem „Wissensmagazin aus Baden-Württemberg“ wollen wir dazu beitragen, den Dialog zwischen

politischen Entscheidungsträgern in Land und Kommune und den engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern zu vertiefen. Mit Analysen sowie gut aufbereiteten Daten und Fakten greifen wir aktuelle Trends auf und zeigen, wie bürgerschaftliche Teilhabe vor Ort unterstützt und gefördert werden kann. Dabei konzentrieren wir uns in jeder Ausgabe auf ein Thema. In gut lesbarer Form erhalten Sie einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand. Weiterführende Lektürehinweise und Links ermöglichen eine noch gründlichere Erarbeitung des Themas. Das vorliegende erste Heft beginnt mit dem Interview zweier Rathauschefs aus unterschiedlichen Kommunen: Dem Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner und dem Bürgermeister Volker Kieber aus der Weinbaugemeinde Gottenheim. Beide unterstützen das Engagement „ihrer“ Bür-

gerinnen und Bürger seit Jahren. Sie teilen uns ihre Erfahrungen mit. Weiter informieren wir über die derzeit bewegenden Themen und Trends im bürgerschaftlichen Engagement. Das zweite Heft wird sich mit der Frage beschäftigen: Wie wirkt sich eine Bezahlung auf das freiwillige Engagement aus? Dazu haben wir eine spezielle Untersuchung in Auftrag gegeben. Sie können schon jetzt auf die Ergebnisse gespannt sein.

Das „Wissensmagazin aus Baden-Württemberg“ soll zwei- bis dreimal im Jahr erscheinen. Es wird auch im Internet zu finden sein. Wir wünschen eine ertragreiche Lektüre.

*Das Redaktionsteam*





<b>Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Im Fokus: Bürgerkommune</b>	
Interview: Was bedeutet Bürgerkommune vor Ort	3
Kommentar	6
<b>Aktuelle Themen im bürgerschaftlichen Engagement</b>	
Migration	7
Bildung / Jugend	9
Miteinander der Generationen	11
<b>Fachinformationen</b>	
Bürgerschaftliches Engagement in anderen Bundesländern und auf Bundesebene	13
Rechtliche Aspekte	14
Strukturen der Förderung	15
Daten und Fakten aus Baden-Württemberg	18

## IM FOKUS: BÜRGERKOMMUNE

# WAS BEDEUTET BÜRGERKOMMUNE VOR ORT?

Im Gespräch mit Oberbürgermeister Ivo Gönner aus Ulm und Bürgermeister Volker Kieber aus Gottenheim

**FRAGE:** Herr Kieber, nach Ihrem Amtsantritt im Jahr 2004 startete Gottenheim den Aufbau von Strukturen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Warum haben Sie diese Initiative ergriffen und welche Schritte sind Sie gegangen?

**KIEBER:** Im Wahlkampf habe ich bemerkt, dass es in Gottenheim zu wenig Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern gibt, sie zu wenig eingebunden sind. Daher wollte ich nach meinem Amtsantritt die Gottenheimer mehr in das Geschehen in der Kommune einbeziehen. Mit der Zukunftswerkstatt, die durch einen kommunalen Entwicklungsbaustein des Landes Baden-Württemberg finanziert und vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) durchgeführt wurde, hatten wir eine fantastische Initialzündung und einen großen Erfolg. Es haben sich sofort Arbeitsgruppen gebildet, die bis heute – manchmal unter neuen Titeln – aktiv sind und das Gemeindegeschehen bestimmen.

**FRAGE:** Ulm hat bereits langjährige Erfahrung und gilt als Muster für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement. Aber kann so viel Bürger nicht auch störend sein?

**GÖNNER:** Ihre Frage klingt ja fast ein bisschen ketzerisch. Aber im Ernst: Man muss schon wissen, auf was man sich einlässt, wenn man es mit bürgerschaftlichem Engagement ernst meint. Ich will auch strukturelle Problematiken nicht leugnen. Es wäre aus meiner Sicht aber fatal, würden wir die Bürgerschaft nicht frühzeitig einbinden und ernst nehmen. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind der soziale Kitt unserer Stadtgesellschaft. Nach meiner Überzeugung gibt es keine Alternative zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Dazu müssen wir auch neue Wege der Partizipation gehen – ohne allerdings die alten, bewährten Formen gleich aufzugeben. Ein gutes Beispiel ist die AG West in der Ulmer Weststadt. Ich glaube kaum, dass die

Sanierung des Gebiets und das Projekt Soziale Stadt so nachhaltig erfolgreich geworden wären, hätte es dort nicht eine breite soziale und bürgerschaftliche Verankerung gegeben.

FRAGE: *Nun ist Gottenheim ja eine vergleichsweise kleine Kommune. Ist es einfacher, in einer kleinen Kommune Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren und einzubinden?*

**KIEBER:** Kleine Gemeinden pflegen engen Kontakt, eine besondere Nähe zu ihren Bürgerinnen und Bürgern und können sie dadurch gut ansprechen und mobilisieren. Aber es gibt natürlich gerade in kleinen Kommunen auch viele gewachsene Strukturen, zum Beispiel bei den Vereinen, die den Prozess manchmal erschweren: In Gottenheim ist jede und jeder in einem Verein, und die Vereine haben die Förderung von Engagement zunächst als Konkurrenz empfunden. Wir haben es aber geschafft, den Konflikt zu lösen und die Interessen zusammenzubringen. Ein Beispiel ist unsere BürgerScheune, die unter der Leitung einer ehrenamtlichen Arbeitsgruppe steht. Jeden dritten Sonntag gibt es dort einen Kaffeetreff, den jedes Mal ein anderer Verein organisiert.

FRAGE: *Hat sich denn im Laufe der Zeit das Engagement in Ulm verändert, wie wächst oder entwickelt sich eine Bürgerkommune?*

**GÖNNER:** Das Ulmer Dialogmodell gibt es jetzt seit über zehn Jahren. Mitte der 1990er Jahre aus der Jugendhilfeplanung heraus entstanden, hat es sich dynamisch unter Beteiligung sehr vieler Akteure aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung weiterentwickelt. Im Vordergrund steht die Sozialraumorientierung, das heißt, das Modell präferiert kleinräumige Lösungen zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil; darin hat es auch fraglos seine Stärken. Wichtige Akteure sind die Regionalen Planungsgruppen, in denen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, als „Dach“ fungiert eine Koordinierungsgruppe.



Volker Kieber, Bürgermeister von Gottenheim

Die Planungsgruppen werden bei ihrer Arbeit von hauptamtlichen Stadtteilkoordinatoren unterstützt. Als Treffpunkte für die Bürger/innen sind in den Stadtteilen Bürgerzentren entstanden. Eines davon ist in der Trägerschaft eines bürgerschaftlich organisierten Stadtteilträgersvereins, der bereits erwähnten AG West.

FRAGE: *Was würden Sie anderen Bürgermeistern empfehlen, die das Thema bürgerschaftliches Engagement in ihrer Kommune fördern wollen?*

**KIEBER:** Der wichtigste Punkt ist, dass man als Bürgermeister von diesem Weg überzeugt ist, dass man selbst mit einer Vision dahintersteht. Es darf mir als Bürgermeister keine Last sein, mich mit den Bürgern auseinanderzusetzen, auch wenn es Kritik oder Verbesserungsvorschläge gibt. In einem zweiten Schritt ist es wichtig, eine Anlaufstelle zu haben. Es war richtig, dass wir diese Anlaufstelle schon bald nach der Zukunftswerkstatt eingerichtet haben. Sie trägt dazu bei – und auch das ist wichtig –, schnell erste sichtbare Erfolge der Arbeitsgruppen zu bekommen, die als Leuchttürme wirken. Zwischen den einzelnen Terminen soll auch nicht zu viel Zeit vergehen: Der Draht muss heiß bleiben, man muss ständig auch neue Anstöße für weitere Projekte aufnehmen oder

## Gottenheim



Aus der ehemaligen Rathaus-Scheune wurde die BürgerScheune, ein Kultur- und Bürgertreff.

**EINWOHNERZAHL:** 2501

**LAGE:** Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Regierungsbezirk Freiburg

**ENGAGEMENTFÖRDERUNG:** Seit 2004

### PROJEKTE:

**DIE BÜRGERSCHEUNE:** Aus der Rathaus-Scheune wurde 2006 ein Kultur- und Bürgertreff. Die „Café-Treffs“ nutzen die Gottenheimer Bürgerinnen und Bürger als Raum der Begegnung – bei Ausstellungen, Musik, Spielabenden etc. Häufig finden in der BürgerScheune Konzerte, Kleinkunst, Vorträge und Theateraufführungen statt.

**GEMEINSAM@GOTTENHEIM:** Gottenheimer Projekte werden auf der selbstverwalteten Internetpräsenz [www.gottenheim.de/Gemeinsam](http://www.gottenheim.de/Gemeinsam) vorgestellt. Hier finden Interessierte Profile der Aktivitäten, Kontaktdaten sowie Veranstaltungskalender.



Ivo Gönner, Oberbürgermeister von Ulm

geben. Und natürlich sind die Anerkennung und die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten wichtig. Unsere BürgerScheune hat mittlerweile ein kulturelles Programm mit zwölf exzellenten Veranstaltungen im Jahr, die ein Publikum aus der ganzen Region anziehen – auch Menschen aus dem Freiburger Stadtgebiet. Da ist klar, dass wir für Scheinwerfer und Lautsprecher aufkommen. Die BürgerScheune wird dafür so hochprofessionell von den Bürgerinnen und Bürgern organisiert und umgesetzt, dass ich zwar als Moderator eingeladen werde, aber als Teilnehmer hingehen kann.

**GÖNNER:** Die beiden ersten Punkte, die Herr Kieber genannt hat, scheinen mir auch die wichtigsten zu sein: Selber ernsthaft von diesem Weg überzeugt sein und eine Anlaufstelle, besser noch eine Vermittlungsbörse initiieren. Bei uns übernehmen dies die Bürgeragentur ZEBRA, Netzfee und das Selbsthilfebüro KORN, sie schaffen die Infrastruktur für ein funktionierendes BE-Netzwerk. Besonders wichtig ist auch die Anerkennungskultur für das Ehrenamt. In Ulm haben wir verschiedene Instrumente, beispielsweise das Ulmer Band, die Freiwilligen Card, Schulungen für Ehrenamtliche und finanzielle Förderung durch die Bürgerstiftung.

Das Ulmer „Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit“ ist sicher nicht der einzig denkbare Weg. Dass er aber erfolgreich war und ist, hat meines Erachtens auch damit zu tun, dass wir am Anfang eine ganz starke Initialzündung gesetzt haben: das Zukunftsmanifest. Anlass dafür war der 600. Jahrestag der Unterzeichnung des Großen Schwörbrieffs, ein für die Ulmer Stadtgesellschaft bis heute Identität stiftendes und bedeutsames historisches Ereignis. Unser Zukunftsmanifest wurde auf breiter bürgerschaftlicher Basis und unter Beteiligung vieler erarbeitet, als Ziel- und Wertekanon unserer Stadtgesellschaft. Obwohl sich in Ulm bereits jetzt über 40 Prozent der Bürgerschaft bürgerschaftlich engagiert, wird die Förderung des Zivilengagements eine zukunftsweisende Strategie der Stadt Ulm bleiben.



Der Freiwilligentag in Ulm hat regen Zulauf.

**EINWOHNERZAHL:** 121.434

**LAGE:** Region Donau-Iller, Regierungsbezirk Tübingen

**ENGAGEMENTFÖRDERUNG:** Seit Anfang der 1990er Jahre

#### PROJEKTE:

**BÜRGERAGENTUR ZEBRA E.V.:** ZEBRA e.V. ist die Ulmer Anlaufstelle für Bürger/innen, die sich über bürgerschaftliches Engagement informieren möchten ([www.zebra-ulm.de](http://www.zebra-ulm.de)).

**FREIWILLIGENBÖRSE NETZFEE:** Gemeinsam mit dem Selbsthilfebüro KORN e.V. bietet die Bürgeragentur die virtuelle Ehrenamts- und Freiwilligenbörse Netzfee ([www.netzfee.ulm.de](http://www.netzfee.ulm.de)) an.

**AKADEMIE FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND GEMEINWESENARBEIT:** Unterstützt von der Ulmer Bürgerstiftung ermöglichen die Ulmer Volkshochschule und ZEBRA e.V. ein umfassendes (Weiter-)Bildungsangebot für Freiwillige und Hauptberufliche ([www.vb-ulm.de](http://www.vb-ulm.de)).

**ULMER ZUKUNFTSMANIFEST:** 1999 entwickelte die Stadt gemeinsam mit Organisationen und bürgerschaftlichen Initiativen ein Zukunftsmanifest für Ulm. Hier wird die Bedeutung einer starken Bürgerbeteiligung sowie funktionierender solidarischer Netze für die Bürgerkommune der Zukunft festgehalten ([www.ulm.de](http://www.ulm.de)).

#### >> LINKS / LITERATUR:

- Klie, Thomas (2007): Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden, in: Der Bürger im Staat, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 57. Jahrgang, Heft 4-2007, S. 253-259
- Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan (2005): Wie viel Bürger darf's denn sein? Bürgerschaftliches Engagement im Wohlfahrtsmix. Eine Standortbestimmung in acht Thesen, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 5/2005, S. 20-43
- Ross, Paul-Stefan/Grüger, Christine/Haigis, Thomas (2008): Regieren in der Bürgerkommune – Vorschlag für ein Verfahrensmodell. Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2008 vom 10.10.2008
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen



# „DIE ENTWICKLUNG DER BÜRGERGESELLSCHAFT BEDEUTET DIE VERNETZUNG IHRER AKTEURE.“

Die Beispiele aus Gottenheim und Ulm zeigen, dass eine leistungsfähige und zukunftsorientierte und gleichzeitig faire und soziale Gesellschaft von der Verantwortungs- und Gestaltungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt.

## BÜRGERINNEN UND BÜRGER BRINGEN IHRE KOMPETENZEN EIN

Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit können nicht allein von Staat und Wirtschaft erwartet werden. Zunehmend rücken die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und mit ihnen das bürgerschaftliche Engagement. Sie helfen, die großen Herausforderungen unserer Zeit – Arbeitslosigkeit, demografischer Wandel, Umweltbewusstsein und Fragen der Migration – zu gestalten.

## VERNETZUNG STÄRKT GEMEINSCHAFT

Die Entwicklung der Bürger- oder auch Zivilgesellschaft bedeutet gleichzeitig die Vernetzung ihrer Akteure. Das Modell der Bürgergesellschaft baut auf der Vorstellung auf, dass eine gelingende Gesellschaft nur im guten Zusammenwirken von Staat, Markt, Familien und dem Dritten Sektor funktioniert. In den letzten Jahren wurde häufig von einer „Rückkehr des Bürgers“ gesprochen und die stärkere Wahrnehmung und Achtung seiner Kompetenzen betont sowie Potenziale benannt, die in einer starken Partizipation der Bürger/innen an den Belangen des Gemeinwesens liegen. Nur durch die Mitverantwortung und Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern gelingt es, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und wichtige Zukunftsfragen auch auf lokaler Ebene anzugehen. Die Bürgergesellschaft als Leitbild für eine moderne Gesellschaft versteht sich als Weiterentwicklung eines Versorgungs- und Verwaltungsstaats, der lange Zeit die Erwartungen geprägt hat.

## DIE BÜRGERGESELLSCHAFT BRAUCHT STRUKTUREN

Bürgerschaftliches Engagement zu einem zentralen Baustein zukunftsfähiger Gesellschaften zu machen, benötigt Unterstützung. Eine Bürgergesellschaft fußt auf förderlichen Rahmenbedingungen von Staat und Verwaltung, die eine aktivierende Rolle einnehmen, Kompetenzstrukturen schaffen und Anreize bieten. Das gilt gerade dann, wenn die Bürgergesellschaft inte-

grativ sein will, d.h. alle Menschen, Alt und Jung, Alteingesessene und Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, einbeziehen will. Das Projekt der Bürgergesellschaft ist ein Gemeinschaftsprojekt aller gesellschaftlichen Sektoren.

## DIE BÜRGERKOMMUNE ALS LOKALE VARIANTE DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Die politische Umsetzung des Leitbildes einer Bürgergesellschaft ist fokussiert auf den sozialen Nahraum. In der Gemeinde und im Stadtteil werden sozialer Zusammenhalt und Solidarität erfahren. Unsere demokratische Gesellschaftsverfassung gründet auf der Selbstbestimmung und auf der Eigenleistung von Bürgerinnen und Bürgern. Wesentliches Element unserer Demokratie ist das kommunale Selbstverwaltungsrecht, wie es – unterbrochen durch die Zeit der Nazi-Diktatur – in Deutschland seit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 gilt.

Das Leitbild Bürgerkommune zeichnet sich darüber hinaus zunächst durch ein hohes Maß an selbstbestimmtem und freiwilligem Engagement aus – in seinen vielfältigen Formen von der aktiven Mitwirkung im klassischen Verein bis hin zur Bürgerinitiative. Zusätzlich finden die Gestaltung des öffentlichen städtischen Raumes und die Politikformulierung in kooperierenden Netzwerken statt, in denen Bürgermeister, Stadträte, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger zusammenwirken. Dies erfordert eine offene Kommunikation in den Entscheidungsgremien sowie unterstützende Maßnahmen für zum Engagement bereite Bürgerinnen und Bürger seitens der politischen Entscheidungsträger. Auch gehört zur Bürgerkommune „die Erweiterung repräsentativ-demokratischer Verfahren der politischen Willensbildung um direkt-demokratische und kooperativ-demokratische Verfahren“ (Ross u.a. 2008). Partizipation muss möglich und erwünscht sein.

Die Bürgerkommune ergänzt das Modell einer bloßen Dienstleistungskommune, die auf der Trennung von bürgerfreundlichen Verwaltungsstrukturen und bürgerschaftlicher Mitgestaltung öffentlicher Aufgaben beruht. Die Stärkung der Beteiligungsprozesse engagierter Bürgerinnen und Bürger am kommunalen Geschehen wird heute auch in dem verwaltungswissenschaftlichen Begriff „Governance“ zum Ausdruck gebracht, der die netzwerkorientierte Steuerung betont und sich damit von „Government“ im Sinne eines hierarchisch betonten Regierens klar unterscheidet.

# Thema: MIGRATION

**Migration stellt eine Bereicherung dar – und eine gesellschaftspolitische Herausforderung.**

Angesichts ihrer vielfach schlechten Bildungschancen und der deshalb eingeschränkten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt steht die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Zentrum der Arbeit politischer Entscheidungsträger. Der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung betont die Bedeutung der „aktiven Bürgergesellschaft, in der möglichst viele Menschen Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative entwickeln“ für eine gelingende Integrationspolitik. Seit September 2008 werden in Baden-Württemberg die langjährigen integrationspolitischen Maßnahmen im Landesintegrationsplan gebündelt dargestellt und wichtige Handlungsfelder aufgezeigt – von der Integration durch deutsche Sprache und schulische Bildung, über die Integration durch Aus- und Weiterbildung sowie Beschäftigung bis hin zum Thema Einbürgerung.

## **EINBINDUNG IN ZIVILGESELLSCHAFTLICHE STRUKTUREN**

Auch der Steuerungsverband des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement hat Migration und Integration zu einem zentralen Zukunftsthema seiner Arbeit erklärt. In der Einbindung von Migrantinnen und Migranten in zivilgesellschaftliche Strukturen liegt die Möglichkeit, einerseits deren soziale, ökonomische und kulturelle Integration zu fördern und andererseits ihr Potenzial für bestimmte Herausforderungen, wie Mithilfe in der Altenpflege und bei der Kriminalprävention, zu nutzen.

Das Innenministerium hat zusammen mit der Landesstiftung Baden-Württemberg das Modellprojekt „Bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleiberechtigte Ausländer/innen und Spätaussiedler/innen“ initiiert. Seit 2006 und noch bis zum Jahr 2009 werden in 20 Einrichtungen die Einbindung und Bündelung bestehender ehrenamtlicher Strukturen im Bereich Migration gefördert und zudem Impulse für die Entstehung weiterer Strukturen bürgerschaftlichen Engagements gegeben.

So wendet sich das Offenburger Projekt „Brücken bauen“ an Migrantinnen und Migranten sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und bietet Integrationsbegleitung an. Der Fokus

bei der Arbeit der Integrationsbegleiter liegt dabei auf der Vermittlung von Sprachkenntnissen. Auch wird versucht, positiven Einfluss auf das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl der Migrantinnen und Migranten auszuüben. Schließlich stehen die Ehrenamtlichen als Ansprechpartner/innen zur Verfügung und

## **Daten und Fakten**

**Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat 2006 in Deutschland nach der ersten Erhebung im Jahr 2005 um 130.000 Personen zugenommen und beträgt nun 15,1 Millionen, der Anteil stieg demnach von 18,2 auf 18,4 Prozent.**

*Quelle: Destatis, Mikrozensus 2006*

**Deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt der Migrantanteil in Baden-Württemberg. Im Jahr 2006 leben dort knapp 2,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund; sie machen etwa ein Viertel der 10,7 Millionen in Baden-Württemberg lebenden Menschen aus.**

*Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Mikrozensus 2006*



## Nationaler Integrationsplan

**Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind wichtige Elemente einer gelingenden Integration. „Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich / ihren Mitgliedsverbänden (daher)**

- **bürgerschaftliches Engagement von, für und mit Migranten zu unterstützen und zu fördern,**
- **Menschen mit Migrationshintergrund stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichsten Bereichen des sozialen und politischen Lebens zu beteiligen und**
- **dabei auch für die Einbeziehung der weiblichen Migrationsbevölkerung einzutreten (sowie)**
- **die Kompetenzen der Zuwanderer als Multiplikatoren und Konfliktmoderatoren stärker einzubeziehen.“**

Quelle: Nationaler Integrationsplan: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

helfen bei der Alltagsbewältigung (z.B. Begleitung bei Behörden-gängen, Kindergarten-, Schul- und Arztbesuchen, Arbeitssuche, Wohnungssuche). Für das Projekt stehen verteilt über die dreijährige Laufzeit 850.000 Euro Fördermittel zur Verfügung.

Auch die Kommunalen Entwicklungsbausteine (KEB) werden verstärkt für die Integration von Migrantinnen und Migranten in bürgerschaftliche Strukturen genutzt. Mit den KEB (siehe dazu Seite 16) unterstützt die Landesstiftung Baden-Württemberg Projekte, die durch engagementunterstützende Strukturen und Prozesse gezielte Impulse fördern. Dabei geht es insbesondere darum, die lokale oder kommunale Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort durch Expertise aus dem Landesnetzwerk zu unterstützen.

## INTEGRATIONSPOLITISCHE MASSNAHMEN

Das Landesnetzwerk legt in der „Wanderakademie Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft“ einen Schwerpunkt auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Anhand lokaler Praxisbeispiele wurden am 12. November 2008 in Metzingen Lösungswege für migrationspezifische Herausforderungen sowie die Rollen der Kommunen, der freien Träger und von Bürger/innen diskutiert.

Ebenfalls legt das Innenministerium in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung im Projektbüro Kriminalprävention einen Schwerpunkt auf die Gewaltprävention bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund und hat für die Jahre 2007 und 2008 eine Million Euro zur gezielten Förderung kriminalpräventiver Projekte

zur Verfügung gestellt. Gefördert werden auch brennpunkt- und problemorientierte Projekte der Sucht-, Gewalt- und Verkehrsunfallprävention.

In der Stadt Nürtingen werden schon seit mehreren Jahren integrationspolitische Maßnahmen auf kommunaler Ebene verwirklicht. Der Bürgertreff Nürtingen richtete eine interkulturelle Anlaufstelle ein, in der Bürger/innen mit Migrationshintergrund Unterstützung von ausgebildeten Mentoren bekommen, die häufig selbst Migrantinnen oder Migranten sind. Zusätzlich berät ein interkulturelles Rathausteam einmal im Monat integrationspolitische Themen. Das interkulturelle Forum realisiert schließlich Projekte, wie etwa das interkulturelle „Allerweltsfest“. Diese Foren fungieren hier als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Menschen mit Migrationshintergrund und zwar nicht im Sinne einer Repräsentation der Interessen von Migranten, sondern durch deren direkte Beteiligung an der Politik der Kommune.

Die Landeszentrale für politische Bildung fördert mehrere migrationspezifische Projekte und führt Veranstaltungen durch. Etwa informiert die Seminarreihe „Heimat ist – hier! Migrantinnen machen mit“ Frauen mit Migrationshintergrund über Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und der politischen Partizipation in ihrer Kommune.

In diesen und vielen weiteren Projekten unterstützen Bürger/innen sowie Organisationen die Integration von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg. Gerade auch die Wohlfahrtsverbände weisen eine Reihe wichtiger und effektiver Programme auf und sind damit gute Partner für Migrationsprojekte.

### >> Links/Literatur:

- Wetzels, P./ Brettfeld, K. (2007): *Muslimen in Deutschland, Studie zu Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Schriftenreihe „Schriften zur Inneren Sicherheit“
- Handbuch „Migrantenselbstorganisationen als Akteure der internationalen Jugendarbeit“ unter [www.djo.de/cms/upload/downloads/publikationen/junost\\_broschuere\\_2008.pdf](http://www.djo.de/cms/upload/downloads/publikationen/junost_broschuere_2008.pdf)
- Deutscher Städtetag: Broschüre „Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten“ unter [www.staedtetag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2007/22.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2007/22.pdf)
- Landesintegrationsplan Baden-Württembergs unter [www.jum.baden-wuerttemberg.de](http://www.jum.baden-wuerttemberg.de)
- [www.nuertingen.de/buergertreff.html](http://www.nuertingen.de/buergertreff.html)
- [www.landestiftung-bw.de](http://www.landestiftung-bw.de)



Thema:

# BILDUNG UND JUGEND

Durch bürgerschaftliches Engagement  
fürs Leben lernen

Das Thema des Engagements Jugendlicher hat verschiedene Facetten: Zum einen ist es wichtig, gerade junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen, da diese Erfahrung in jungen Jahren auch ein Engagement im späteren Lebensalter fördert. Zum anderen zeigt sich immer mehr, dass sich junge Menschen bei einem Engagement informell Erfahrungswissen aneignen, das sie in der Schule nicht erwerben, dort aber sehr gut einsetzen können. Darüber hinaus gibt es das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für und mit jungen Menschen, das einen eigenen Beitrag zur Solidarität in der Gesellschaft leistet und wiederum als Vorbild die Basis für freiwillige Aktivitäten seitens der Jugendlichen bildet.

Auf Bundes- und Landesebene stellen das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) beliebte Engagementformen für junge Menschen im Übergang von Schule und Beruf bzw. Studium dar, die einheitlich geregelt sind und sich mittlerweile fest etabliert haben. Inzwischen haben sich aus diesen Formen neue Dienstarten entwickelt, die junge Menschen in spezifischen Lebenssituationen unterstützen. Ein Beispiel ist das FSJPlus des Diakonischen Werks Württemberg, bei dem die jungen Menschen neben ihrem Einsatz in einer Einrichtung den Realschulabschluss nachholen können. Auch die Caritas führt das FSJ in großem Umfang durch und ist innerhalb der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligendienste Teil eines Netzwerkes von katholischen Trägerorganisationen, welche die Durchführung des FSJ auf der Ebene der Diözesen gemeinsam koordinieren.

Vor allem der informelle Bildungsaspekt des FSJ gewinnt zunehmend an Bedeutung: Etwa fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit Herbst 2007 benachteiligte Jugendliche im Programm „Freiwilligendienste machen kompetent“ im Rahmen des FSJ/ FÖJ. Ziel ist hier, bessere Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe durch kompetenzbasiertes Lernen zu ermöglichen. Durch das bürgerschaftliche Engagement erlernen die Jugendlichen soziale, personale, kulturelle und fachliche Kompetenzen, die ihnen die formale Bildung



*Jugendliche sind in hohem Maße bereit, sich zu engagieren.*

nicht vermittelt und die dennoch für den beruflichen Werdegang sowie die gesellschaftliche Teilhabe entscheidend sind. In diesem Rahmen wird auch verstärkt versucht, benachteiligte Jugendliche mit Migrationshintergrund über die Einbindung von Migrantenverbänden in das Programm zu erreichen. Dies entspricht einem Paradigmenwechsel, der in der deutschen Bildungspolitik vollzogen wurde: Ein primär am Wissen orientiertes Lernen weicht einem lebenslangen Lernen, das wichtige persönliche, soziale und kulturelle Kompetenzen fördert. Das freiwillige Engagement ist dabei wichtiger Bestandteil eines Bildungsmixes: Das formale Lernen in den „klassischen“ Bildungsinstitutionen wird durch non-formale Formen (gezieltes Lernen etwa an Volkshochschulen, Musikschulen etc.) und informelle Lernprozesse in individuellen Lebenszusammenhängen ergänzt.

Auf landespolitischer Ebene wurden die Chancen von bürgerschaftlichem Engagement für bildungspolitische Themen erkannt. Ein von Ministerpräsident Günther H. Oettinger initiiertes Modellprojekt ist das baden-württembergische Jugendbegleiter-Programm. Seit dem Projektbeginn 2006 mit 242 Modellschulen wurden weitere Lehreinrichtungen aufgenommen, zuletzt im September 2008. Mittlerweile nehmen 840 Schulen teil. Das Programm „Jugendbegleiter“ integriert qualifiziertes bürgerschaftliches Engagement aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Be-

reichen in die schulische Ganztagsbetreuung. Bei der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen in der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I unterstützen ehrenamtlich Tätige aus Vereinen, Verbänden und Kirchen sowie Eltern und ältere Schüler/innen die hauptamtlichen Lehrer/innen. Sie leisten Hausaufgabenbetreuung, bieten sportliche Aktivitäten an, führen Aufsicht in der Mittagszeit, etwa bei der Essensausgabe, oder sind in der Sprach- und Leseförderung aktiv. Die Freiwilligen qualifizieren sich für ihre Aufgaben durch ihre Tätigkeiten in einem Ehrenamt. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, pädagogische, organisatorische und administrative Qualifizierungsmodule wahrzunehmen, die von Land, Kirchen, Vereinen oder Verbänden angeboten werden. Im Jugendbegleiter-Programm ist es den Schulen freigestellt, den Freiwilligen Aufwandsentschädigungen zu zahlen. Die Bezahlung von so genannten Taschengeldern wird unterschiedlich gehandhabt. Das Thema Monetarisierung wird exklusiv in der nächsten Ausgabe des Wissensmagazins behandelt.

## ERFAHRUNGEN NUTZEN, EMPFEHLUNGEN FORMULIEREN

Ende 2008 lief das Programm „JES – Jugend engagiert sich!“ aus. Seit 2002 förderte die Landesstiftung Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk junge Menschen zwischen 12 und 27, die sich für drei bis zwölf Monate an Freiwilligenprojekten in ihrem Lebensumfeld beteiligten. Die Fortführung der Inhalte von JES bietet sich in Schulen, wo sich Überschneidungen zum Jugendbegleiter-Programm zeigen, und bei Jugendverbänden an. Aus den Erfahrungen von JES lassen sich Handlungsempfehlungen für eine Fortführung formulieren: Es hat sich gezeigt, dass die Verankerung von Jugendlichenengagement bei den Kommunen eine wichtige Voraussetzung für eine kontinuierliche Umsetzung von Jugendprojekten ist. Um die Kommunen für die Mitgestaltung zu gewinnen, bedarf es attraktiver Anreize, die dafür sorgen, dass Kommunen Anlaufstellen, zeitliche Ressourcen und politische Unterstützung bei der Koordination der Projekte bereitstellen.

Mit dem JES-Programm reagierte die Landesstiftung auf den empirischen Befund des Freiwilligensurvey, dass Menschen, die sich in der Jugend engagieren, sich auch in einem späteren Lebensalter mit höherer Wahrscheinlichkeit engagieren. In Ergänzung des Programms hat die Landesstiftung 2005 eine Tagung zu den Bildungspotenzialen im freiwilligen Engagement junger Menschen veranstaltet, die das Thema des informellen Lernens durch ein Engagement in den Vordergrund stellte.

### >> Links/Literatur:

- Böttcher, K.-A./ Link, M. (Hrsg.) (2008): Jugend engagiert sich: sozial – ökologisch – kulturell, Praxisberichte und Anregungen zur Förderung des lokalen Jugendengagements.
- Erfahrungen, die's nicht zu kaufen gibt! Bildungspotenziale im freiwilligen Engagement junger Menschen. Dokumentation der Fachtagung 16. und 17. Juni 2005; Schriftenreihe der Landesstiftung Baden-Württemberg Nr. 19 (2006) Stuttgart
- Düx, W./ Trein, G./ Sass, E./ Tully, C.J. (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- [www.fsj-baden-wuerttemberg.de](http://www.fsj-baden-wuerttemberg.de)
- [www.jugendbegleiter.jugendnetz.de/](http://www.jugendbegleiter.jugendnetz.de/)

# Thema:

# MITEINANDER Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. DER GENERATIONEN

Das Miteinander der Generationen wird in Baden-Württemberg als Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels seit Jahren gefördert. Besonders die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement ist in diesem Zusammenhang erkannt worden, sei es in der Begleitung von Jugendlichen in der (Schul-)Ausbildung durch Seniorinnen und Senioren oder im freiwilligen Engagement von jungen Menschen in Einrichtungen älterer Menschen.

Eine wichtige Rolle spielen dabei das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt. Hier gibt es sowohl von Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen organisierte Wohnprojekte (wie die der Stiftung Liebenau) als auch selbstorganisierte Formen, die sich über das Forum „Gemeinschaftliches Wohnen e.V.“ koordinieren. So wohnen im „Haus Wabe“ in Stuttgart seit 2001 etwa 35 Menschen jeden Alters in 15 Wohnungen zusammen. Zudem realisiert der selbstorganisierte Wabe e.V. zusammen mit der Genossenschaft „PRO – gemeinsam bauen und leben eG“ weitere Wohnprojekte:

Dem 2004 initiierten „Haus Mobile“ kommt 2009 das Wohnprojekt „Mosaik“ hinzu. Durch die eigenen Wohnungen sowie die Gemeinschaftsräume wird die individuelle Lebensführung gewahrt und das gewünschte generationsübergreifende Zusammenleben sowie das Prinzip der Nachbarschaftshilfe gepflegt. Das bürgerschaftliche Engagement spielt auch hier eine wichtige Rolle. Gemäß dem Prinzip der Selbst- und Nachbarschaftshilfe werden soziale Netzwerke geknüpft und Solidaritätsformen geübt. Bemerkenswert ist, dass sich 80 Prozent der über 50-jährigen Bundesbürger/innen nicht aktiv mit dem Thema Wohnen im Alter auseinandersetzen, sich aber an neuen Wohnformen interessiert zeigen, wenn sie informiert werden – das Wohnen im Alter ist daher ein latentes Thema mit großem Informationsbedarf.

## MEHRGENERATIONENHÄUSER BIETEN MEHR LEBENSQUALITÄT

Das Miteinander der Generationen wird auch getragen durch die Begegnung und den Austausch von Menschen jeden Alters in Mehrgenerationenhäusern. Die Mehrgenerationenhäuser fungieren als Drehscheibe für generationsübergreifende Kooperationsformen. Hier können sowohl die Bedürfnisse der Menschen in verschiedenen Lebensabschnitten erfüllt, als auch die Kompetenzen und das Erfahrungswissen der Generationen eingebracht und gefördert werden. So soll ein lebensfreundliches Klima geschaffen werden, in dem ältere Menschen eigenständig am gesellschaftlichen Leben partizipieren, Eltern bei der Kinderbetreuung entlastet und junge Menschen auf Seniorinnen und Senioren als wichtige Ressource für Fragen etwa zu Ausbildung, Berufseinstieg oder Familienplanung zurückgreifen können. Im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser fördert das Bundesfamilienministerium seit Januar 2008 ca. 500 Projekte (davon 200 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF). In Baden-Württemberg werden 48 Mehrgenerationenhäuser in 44 Stadt-

*Alt und Jung: zusammen ein unschlagbares Team*





## Rolle der Kommune

**Die Stadtverwaltungen und Gemeinderäte sind sich meist darüber im Klaren, welche demografische Entwicklung auf das Gemeinwesen zukommt und sehen sich dem Prinzip der Bürgerbeteiligung verpflichtet. Dies erfordert:**

- eine ämterübergreifende Zusammenarbeit
- Begegnung mit Bürgerinnen und Bürgern als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe
- Einsatz hauptamtlicher Kräfte in der Beratung und Moderation bei bürgerschaftlichen Gruppenprozessen
- Wertschätzung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als Teil der kommunalen Sozialplanung
- Bereitstellung von Räumlichkeiten und Finanzmitteln

und Landkreisen unterstützt. Bestehende Kooperationen und Netzwerke bilden hier den Ausgangspunkt der Förderung. Ein mittlerweile prominentes Beispiel für die große Anzahl von Projekten in Baden-Württemberg sind die von der Stiftung Liebenau getragenen „Lebensräume für Jung und Alt“.

Zudem gibt es eine Vielzahl weiterer Projekte, die das Miteinander der Generationen in Baden-Württemberg stärken. Etwa initiierte der Kreissenorenrat Tübingen e.V. gemeinsam mit der Caritas Schwarzwald-Gäu ein Programm für Senioren-Patenschaften. Hier unterstützen Seniorinnen und Senioren junge Menschen auf ihrem Weg in einen Beruf und in die Arbeitswelt. Die Senioren-Patenschaften wurden im Rahmen der „Generationsübergreifenden Freiwilligendienste“ (GüF) entwickelt und sollen im Rahmen des GüF-Nachfolgeprogramms „Freiwilligendienste aller Generationen“ weiter gefördert werden.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil zum Miteinander der Generationen in Baden-Württemberg ist die Wanderakademie Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft. Sie ging aus einer Fachtagung des Landesnetzwerkes unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gestalten“ hervor. In vier Kommunen wurden neue Rollen der einzelnen kommunalen Akteure, das Thema ihrer Vernetzung und nicht zuletzt das Wohnen für Jung und Alt diskutiert. Die Ergebnisse werden über die einzelnen Netzwerke wieder allen Kommunen in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Etwa fand am 11. März 2009 in Schorndorf im Rahmen der Wanderakademie die Veranstaltung „Wohnen für Jung und Alt“ statt. Der Veranstaltungsort, das Mühlenbachhaus, ist selbst ein gutes Beispiel für das gemeinsame Engagement von Bürger/innen aus allen Generationen und die Verbesserung von Wohn- und Lebensqualität. Die ARBES e.V. veranstaltete 2008 schließlich eine Fortbildungsreihe „Alt und Jung im Bürgerengagement“,

in der Grundlagen über intergenerationales Lernen und pädagogische Anregungen vermittelt sowie Praxiserfahrungen und Konfliktlösungen diskutiert wurden.

Ergebnisse aus Programmen wie dem Generationsübergreifenden Freiwilligendienst, der insbesondere auch Seniorinnen und Senioren als Zielgruppe hatte, zeigen jedoch, dass ältere Menschen unterschiedliche Zugangsweisen und Angebote erfordern. Der biografische Hintergrund und die Lebenssituation spielen eine wichtige Rolle bei Umfang und Art des Engagements und bei dem Wunsch, sich längerfristig und verbindlich auf ein Engagement einzulassen. So gibt es ältere Menschen, die in einem Engagement eine Form der Anerkennung suchen, die sie im Beruf nicht gefunden haben; manche engagieren sich lieber für ihre eigene Altersgruppe und nicht für junge Menschen, während andere von Hauptamtlichen gerade dafür geschätzt werden, dass sie besonders gut mit Kindern und Jugendlichen umgehen können.

### >> Links/Literatur:

- Klie, Th. (Hrsg.) (2002): Für(s) Alte(r) planen – Beiträge zur kommunalen Altenplanung. Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung
- Blaumeiser, H./ Blunck, A./ Klie, Th./ Pfundstein, T./ Wappelshammer, E. (2002): Handbuch Kommunale Altenplanung. Grundlagen – Prinzipien – Methoden. Frankfurt: Deutscher Verein Eigenverlag
- Bundesregierung (2006): Fünfter Altenbericht. [www.bundesregierung.de/nn\\_23774/Content/DE/PeriodischerBericht/Berichte-der-Bundesregierung/2006/07/2006-07-05-fuenfter-altenbericht.html](http://www.bundesregierung.de/nn_23774/Content/DE/PeriodischerBericht/Berichte-der-Bundesregierung/2006/07/2006-07-05-fuenfter-altenbericht.html)
- Deutsches Jugendinstitut (2006): Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen. Recherchebericht im Auftrag des BMFSFJ. [www.mehrgenerationenbaeuser.de/coremedia/generator/mgb/de/\\_Downloads/DJI\\_MGH\\_Abschlussbericht.pdf](http://www.mehrgenerationenbaeuser.de/coremedia/generator/mgb/de/_Downloads/DJI_MGH_Abschlussbericht.pdf)
- Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. Bundesvereinigung: [www.fgw-ev.de](http://www.fgw-ev.de) [www.fgw-ev.de](http://www.fgw-ev.de)
- Kremer-Preiß, U./ Stolarz, H. (2003): Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung Eine Bestandsanalyse, hrsg. von Bertelsmann Stiftung und Kuratorium deutsche Altershilfe (KDA). Köln
- Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.) (2009): Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 2: Eine neue Architektur des Sozialen – Sechs Fallstudien zum Welfare-Mix. Gütersloh: Verlag BertelsmannStiftung

## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN ANDEREN BUNDESLÄNDERN UND AUF BUNDESEBENE



Vom Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 2002 gingen wichtige Impulse zur Förderung auf Bundes- und Länderebene aus. Hierzu wurde 2006 ein Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ gebildet, der die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Kommissionsberichtes weiter forciert und sich mit laufenden Gesetzesvorhaben befasst.

Die meisten Bundesministerien fördern bürgergesellschaftliche Strukturen, ein breites Spektrum deckt vor allem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ab. Zu nennen sind hier vor allem die Freiwilligendienste: das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das freiwillige ökologische Jahr (FÖJ), die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste sowie deren Anschlussprogramm, die Freiwilligendienste aller Generationen. Seit Oktober 2008 fördert es im Programm „Aktiv im Alter“ zusammen mit Bundesländern, kommunalen Spitzenverbänden, Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und Seniorenorganisationen das Leitbild eines aktiven Alters in den Kommunen und tritt für eine aktive Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft ein. Das StädteNetzWerk Baden-Württemberg hat sich als Partner bei der Erstellung des Memorandums eingebracht. Zur Förderung der Partizipation führen die Kommunen Bedarfsermittlungen durch, veranstalten Bürgerforen und entwickeln auf dieser Grundlage Projekte für und mit älteren Menschen. Weiterhin unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2004 die Länder beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen und bei der Vernetzung mit bürgergesellschaftlichen Strukturen, wie dies in Baden-Württemberg mit dem Jugendbegleiter-Programm bereits erprobt wird.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von inzwischen über 200 staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, der sich nach dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftliches Engagements“ konstituierte. In verschiedenen Arbeitsgruppen, teilweise auch in so genannten ad-hoc-Gruppen, werden aktuelle Entwicklungen und Maßnahmen zum demografischen Wandel sowie zu Migration, Corporate Citizenship und weiteren Themen behandelt. Zuletzt veranstaltete das BBE im September 2008 unter dem Titel „Engagement macht stark“ die „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“, bei der zusammen mit Partnern aus Politik, Wirtschaft und Medien die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements bundesweit sichtbar gemacht wurde.

Andere Bundesländer setzen verstärkt auf die Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements. So gibt es in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Hamburg regionale Netzwerkaktivitäten. In Bayern etablierte sich mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement eine Netzwerkstruktur mit vier zentralen Knotenpunkten in Augsburg, Würzburg, München und Erlangen. Seine Aufgabe ist die Vernetzung der Agenda-Gruppen, Freiwilligenagenturen, aber auch von Selbsthilfegruppen und Integrationsinitiativen. So organisiert die bayrische Arbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und -zentren (lagfa) ein Schülerpatenprogramm. Über den Arbeitsmarktfonds des Beschäftigungspakts Bayern – Offensive Zukunft Bayern – werden an zwölf Standorten Schülerinnen und Schüler von Paten beispielsweise bei der Lehrstellensuche unterstützt. In verschiedenen Bundesländern wurden Portale für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet: in Niedersachsen der „Freiwilligenserver“, in Nordrhein-Westfalen die beim Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration angesiedelte Plattform „engagiert in nrw“ sowie in Sachsen das Internet-Portal „wir-für-Sachsen“. Schließlich haben auch Hessen und Rheinland-Pfalz eine ausgeprägte Struktur der Förderung bürgerschaftlicher Strukturen. So findet sich in Rheinland-Pfalz eine landesweit vernetzte Ehrenamtsagentur und in Hessen die am Ministerium des Inneren und für Sport eingerichtete LandesEhrenamtsagentur Hessen.

### >> Links/Literatur:

- Memorandum „Aktiv im Alter“ unter [www.aktiv-im-alter.de](http://www.aktiv-im-alter.de)
- [www.bela-bw.de](http://www.bela-bw.de)
- [www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)
- [www.freiwilligenserver.de](http://www.freiwilligenserver.de)
- [www.engagiert-in-nrw.de](http://www.engagiert-in-nrw.de)
- [www.wir-fuer-sachsen.de](http://www.wir-fuer-sachsen.de)

# RECHTLICHE ASPEKTE

## HAFTUNGSRECHT: VERSICHERUNGSSCHUTZ FÜR DIE FREIWILLIGEN

Wer sich für die Gesellschaft engagiert, wer Risiken eingeht im Interesse des Gemeinwohls, der verdient Anerkennung und Schutz auch in rechtlicher Hinsicht. Während in Sportvereinen etwa der Versicherungsschutz von Trainerinnen und Trainern seit langem in guter Weise geregelt ist, galt dies nicht für alle Felder bürgerschaftlichen Engagements. Bei vielen Engagierten, insbesondere aber bei Initiativen, ist die Unsicherheit über den Umgang mit Haftungsrisiken im Zusammenhang mit bürgerschaftlichen Engagement groß gewesen. Das Land Baden-Württemberg hat als eines der ersten Bundesländer den Haftpflichtversicherungsschutz für ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierte durch eine auf Landesebene abgeschlossene Rahmenhaftpflichtversicherung geregelt. Alle anderen Bundesländer sind inzwischen gefolgt. Allerdings ist zu beachten, dass diese Versicherung subsidiär gilt, das heißt zunächst haften die bestehenden Versicherungen und nur in Fällen, in denen hier alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, greift die Haftpflichtversicherung des Landes. Die Erfahrungen mit der Haftpflichtversicherung zeigen, dass entgegen den Befürchtungen Haftpflichtfälle ausgesprochen selten sind. So konnten die Policen und die Prämien inzwischen auch angepasst werden. In Baden-Württemberg braucht niemand mehr ohne Versicherungsschutz bürgerschaftlich tätig zu werden. Der Informationsstand über Haftungsfragen einerseits und die Haftpflichtversicherung andererseits ist allerdings landes- und bundesweit verbesserungswürdig. Das Land Baden-Württemberg versucht, durch Veranstaltungen, entsprechende Informationen im Internet und durch Flyer dem Informationsbedürfnis gerecht zu werden. Ähnliches gilt für den Unfallversicherungsschutz, der inzwischen auch bundesgesetzlich recht weitgehend geregelt ist. Auch in den Fällen, in denen Engagierte selbst zu Schaden kommen, tritt in den meisten Fällen für sie eine Unfallversicherung ein. Damit aber der Unfall-

versicherungsschutz wirklich greift, müssen bestimmte Spielregeln beachtet werden, hierüber informieren ebenfalls Land und Bund.

Einen wichtigen Vorstoß hat das Land Baden-Württemberg beim Thema „Haftung von Vereinsvorständen“ durch eine Bundesratsinitiative gemacht (Drucksache 399/08, abrufbar unter [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de); [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)). Die Vorstände von gemeinnützigen Vereinen sehen sich weitreichenden Haftungsrisiken ausgesetzt, gegen die sie auch nicht durch die üblichen Haftpflichtversicherungen für Ehrenamtliche geschützt werden. Will man bürgerschaftlich Engagierten in wichtigen Handlungsfeldern unserer Gesellschaft ihren Platz geben, will man die Verantwortung zwischen Professionellen und Freiwilligen teilen, so bedarf dieses auch eines wirksamen und diskreten Schutzes vor Schadensfolgen für die Engagierten.

## GESETZLICHE REGELUNGEN IM FREIWILLIGENDIENST

Durch das Jugendfreiwilligendienstgesetz wird das FSJ/FÖJ-Gesetz abgelöst. Die bundesweit erprobten Generationsübergreifenden Freiwilligendienste und die seit Januar 2009 bestehenden Freiwilligendienste aller Generationen – an denen auch das

Land Baden-Württemberg beteiligt ist – wurden nicht mit aufgenommen. Die Fragen der Familienversicherung, des Kindergeldbezuges, der Gewährung und der sozialversicherungsrechtlichen Qualifizierung des Taschengeldes sind für die Jugendfreiwilligendienste geregelt, nicht aber für die Freiwilligendienste aller Generationen ([www.gesetze-im-internet.de/jfdg/index.html](http://www.gesetze-im-internet.de/jfdg/index.html)).

## GEMEINNÜTZIGKEITSRECHTSREFORM

Mit der Gemeinnützigkeitsrechtsreform 2007 wurde die so genannte Übungsleiterpauschale rückwirkend zum 1. Januar 2007 von 1.848 Euro auf 2.100 Euro angehoben. Stehen den Einnahmen höhere Aufwendungen als 2.100 Euro im Jahr gegenüber, so können diese als Werbungskosten (bei nebenberuflicher nicht-selbständiger Tätigkeit) oder als Betriebsausgaben (bei nebenberuflicher selbständiger Tätigkeit) geltend gemacht werden. Die Aufwendungen müssen dann allerdings in vollem Umfang nachgewiesen werden. Als Werbungskosten/Betriebsausgaben kommen insbesondere Mehraufwendungen bei Dienstreisen, Porti oder die





Gebühren der für den Verein geführten Telefongespräche und Kosten für Lehrgänge in Frage. Mit der vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) geförderten Gemeinnützigkeitsrechtsreform wurde die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Privilegierung von Aufwandsentschädigungen und Honoraren verbessert. Eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts wurde nicht aufgegriffen. Die Gemeinnützigkeitsrechtsreform 2007 kommt insbesondere den Engagementfeldern zugute, in denen Zahlungen an Engagierte erfolgen. Die Tätigkeiten der besonders steuerlich begünstigten Übungsleiter/innen, Ausbilder/innen, Erzieher/innen oder Betreuer/innen haben miteinander gemeinsam, dass sie auf andere Personen durch persönlichen Kontakt Einfluss nehmen, um auf diese Weise deren geistige und leibliche Fähigkeiten zu entwickeln und zu fördern. Gemeinsamer Nenner der Tätigkeiten ist eine pädagogische Ausrichtung.



**Alle Ministerien haben das Thema Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement auf ihrer Agenda.** Das Land Baden-Württemberg bemüht sich um förderliche Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Alle Ministerien in Baden-Württemberg leisten dabei in unterschiedlicher Art und Weise im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten einen Beitrag und haben Ansprechpartner für das Thema benannt. In der konkreten Umsetzung zeigen sich jedoch in den einzelnen Ministerien große Unterschiede. Für die einen ist es zentrales Thema, wie etwa für das Ministerium für Arbeit und Soziales (mit der Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste) sowie für das Ministerium

#### >> Links/Literatur:

- [www.sozialministerium.de/de/Versicherungsschutz\\_im\\_ehrenamtlichen\\_und\\_buergerschaftlichen\\_Engagement/100373.html](http://www.sozialministerium.de/de/Versicherungsschutz_im_ehrenamtlichen_und_buergerschaftlichen_Engagement/100373.html)
- [www.gesetze-im-internet.de/jfdg/index.html](http://www.gesetze-im-internet.de/jfdg/index.html)
- Information zum Thema „Haftung von Vereinsvorständen“: Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg, Drucksache 399/08, abrufbar unter [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)
- Auf der Seite [www.sozialministerium.de/de/Recht/80689.html](http://www.sozialministerium.de/de/Recht/80689.html) werden weitere vertiefende Links zum Thema Recht angeboten.

für Kultus, Jugend und Sport, das 2008 einen eigenen Engagementbericht erstellt. Andere Ministerien integrieren die Engagementförderung lediglich in bestehende Aufgabenbereiche. Will man dem Thema bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt eine zentrale landespolitische Bedeutung einräumen, wäre es wichtig, ministerienübergreifend ein gemeinsames Verständnis von Bürgergesellschaft zu entwickeln, damit zentrale Themen und Dimensionen (wie zum Beispiel „Nachhaltigkeit“) systematisch Eingang finden. In dem Maße, in dem sich die Entwicklung der Bürgergesellschaft als Prozess darstellt, ist auch das entsprechende Verständnis als dynamisch zu verstehen.

**Das Landesnetzwerk: Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich in den Kommunen.** Der Erfolg der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg basiert ganz wesentlich auf der langfristig angelegten und strategisch ausgerichteten Kooperation zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den kommunalen Spitzenverbänden. Die 1996 begründete Kooperation wurde durch den Neuabschluss eines Kooperationsvertrages im Jahre 2005 bis zum Jahre 2010 verlängert. Damit wurden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, ein Zusammenwirken von Land und kommunalen Spitzenverbänden strukturell abzusichern und die erfolgreiche Arbeit zur Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement in verschiedenen Feldern der kommunalen Aufgaben zu etablieren und so eine Basisstruktur der Förderung zu schaffen. Die Konstruktion der Netzwerke ermöglicht nicht nur eine horizontale – zwischen Gemeinden, Landkreisen und Städten sich ausbildende – Vernetzung, sondern eine vertikale Vernetzung und Abstimmung von Aktivitäten der Engagementförderung in Kommunen und Landkreisen mit der Landespolitik.

Die einzelnen kommunalen Netzwerke (Gemeindenetzwerk, Landkreisnetzwerk, StädteNetzWerk) des Landesnetzwerks haben seit ihrer Gründung eine stetige Zunahme an Mitgliedern verzeichnen können. In den einzelnen Netzwerken herrscht eine Kultur der Kooperation auch insofern, als sich die Mitglieder aktiv in Veranstaltungen einbringen, sich untereinander austauschen und informieren sowie den Fachberaterinnen und -beratern der Netzwerke Feedback zu aktuellen Entwicklungen in ihren Kommunen geben. Durch die gegenseitige Unterstützung bei Veranstaltungen und in der Beratung, die über den gegenseitigen Austausch innerhalb des Steuerungsverbands hinausgeht, ist eine besondere Qualität der Förderung entstanden, die von den kommunalen Spitzenverbänden allein nicht hätte geleistet werden können.

Die Finanzierung der Netzwerke ergibt sich aus einer Finanzierung durch das Ministerium für Arbeit und Soziales sowie der Landesstiftung Baden-Württemberg, aber auch aus einer aktiven personellen Unterstützung durch die Spitzenverbände.

Als Gremium des Landesnetzwerks agiert der Steuerungsverbund, in dem die Netzwerke und Spitzenverbände, aber auch ARBES und FaLBE sowie einzelne Verbänden vertreten sind. Im Steuerungsverbund werden gemeinsam neue Themen diskutiert, Sprachregelungen gefunden und Entwicklungen vorangetrieben.

### ARBES und FaLBE: Spezialisten für Engagement.

Zum Landesnetzwerk gehören auch die ARBES e.V. (Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements) und

## Kommunale Entwicklungsbausteine

**Zusätzlich zu den zahlreichen Veranstaltungen des Landesnetzwerks finanziert das Land so genannte Kommunale Entwicklungsbausteine. Dabei handelt es sich um Beratungsmodule, die auf die einzelnen Kommunen und ihre Problemstellungen im Bereich bürgerschaftlichen Engagements zugeschnitten werden. Dabei kann es sich um eine Zukunftswerkstatt oder Informationsveranstaltungen, aber auch um Moderationen oder einzelne Vorträge zum Thema bürgerschaftliches Engagement handeln. Die Anträge für die Kommunalen Entwicklungsbausteine werden von den einzelnen Fachberatungen geprüft und von ihnen organisiert und gestaltet. Es handelt sich dabei um einen neuen – sehr intensiven – Fördertyp, der die Kommunen stark zur Mitarbeit und Mitgestaltung auffordert, dafür aber auch eine tiefe Wirkung in den Kommunen hat.**

die FaLBE (Fachkräfte im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement). Die ARBES hat sich dabei als ein stabiler und dynamischer Faktor im Landesnetzwerk erwiesen und kommt unter den Vorzeichen des demografischen Wandels und seiner Diskussion dem Anliegen entgegen, den generationenübergreifenden Dialog zu fördern und zu unterstützen.

Die FaLBE begleitet von Anfang an das Verhältnis von Hauptamtlichen und bürgerschaftlich Engagierten. Ihre Arbeit verdeutlicht besonders, dass bürgerschaftliches Engagement nicht in Konkurrenz zu Hauptamtlichkeit steht. Durch Qualifizierung unterstützt die FaLBE – u.a. in ihren Jahres- und Fachtagungen – Fachkräfte, die neu in das Feld einsteigen. Die Erfahrung von FaLBE könnten und sollten in der Ausbildung von relevanten Berufsgruppen berücksichtigt werden, damit die Absolventen z.B. von Verwaltungshochschulen oder Fachhochschulen für Soziale Arbeit ebenso wie einzelner Fachbereiche der Universitäten Kompetenzen in der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement systematisch erlernen.

### Anlaufstellen vor Ort sind ein wichtiger Infrastruktur-Baustein.

Schon in der Kooperationsvereinbarung 2005 wurde die besondere Bedeutung der Anlaufstellen als Kristallisationspunkt unterschiedlicher Formen bürgerschaftlichen Engagements und ihr Ausbau herausgestellt. Dabei bewährt sich, dass die Anlaufstellen in Form und Verankerung nicht standardisiert sind: Mit der Vermittlung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement haben sie zwar eine klare Aufgabe, entscheiden jedoch individuell, ob dieses hauptamtlich oder ehrenamtlich geschieht, bei der Kommune oder einem Träger/einer Initiative verankert ist und wie die Anlaufstelle ihre Beratungsfunktion organisiert. Das baden-württembergische Konzept hat auch bundesweit Resonanz gefunden. So wurden in Hessen in den letzten Jahren viele Anlaufstellen für freiwilliges Engagement geschaffen und dabei die Arbeitshilfen aus Baden-Württemberg genutzt. Im Rahmen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist die Verfügbarkeit der Daten zu Anlaufstellen und ihre Pflege von großer Bedeutung. Gerade die Anlaufstellen sind in der Lage, die vielfältigen Engagementformen vor Ort zu koordinieren und stellen damit einen wichtigen Infrastrukturbaustein einer konsequenten Engagementpolitik dar.

### Mentorat: Qualifikation und Engagement gehören zusammen.

Das Mentorat entspricht dem Kompetenzansatz, der die Qualifizierung der Engagierten in den Fokus rückt und auch seitens der Ministerien vertreten wird. Es gibt Schülermentorate (in den Bereichen Sport, Kunst und Kultur, Musik, Verkehrssicherheit, Umwelt und soziale Verantwortung) sowie Bürgermentorate. Die Qualifikation der

Bürgermentoren und Bürgermentorinnen wird durch ausgebildete Mentorentrainer/innen sichergestellt, etwa im Qualifizierungsprogramm des Paritätischen Bildungswerkes. Es hat sich als förderlich erwiesen, Mentorenprogramme mit kommunalen Strukturen zu verbinden. Mentorenkonzepte unterstreichen, wie bedeutsam Qualifikation und Anleitung zum Engagement vor Ort sind. Engagement ist nicht naturwüchsig, gezielte Ansprache und Förderstrukturen sind notwendig. Auch liegt das Mentorat im Trend: Es gibt eine Reihe inhaltlich ähnlicher Programme, wie die Patenschaftskonzepte, die etwa in der Form von Jobpatenschaften junge Menschen ins Berufsleben begleiten.

### Die Landesstiftung als wichtige Unterstützung.

Viele Projekte, die im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements angegangen werden, wären ohne die Landesstiftung nicht denkbar. Dazu gehört zum Beispiel die gemeinsame Förderung

#### Links/Literatur:

- [www.buergerengagement.de](http://www.buergerengagement.de)
- Broschüre „Wege in der Bürgergesellschaft“ erhältlich bei Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste Ministerium für Arbeit und Soziales, Stuttgart

des Themas „Corporate Citizenship und bürgerschaftliches Engagement“ und „Lebensqualität im Alter“ (BELA). Die Landesstiftung integriert bürgerschaftliches Engagement auch in andere Förderzusammenhänge, etwa in den Förderschwerpunkt Gewaltprävention. Sie ist damit ein wichtiger Faktor in der eigenständigen baden-württembergischen Förderlandschaft zugunsten des bürgerschaftlichen Engagements.

## GREMIEN DES LANDESNETZWERKS BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT



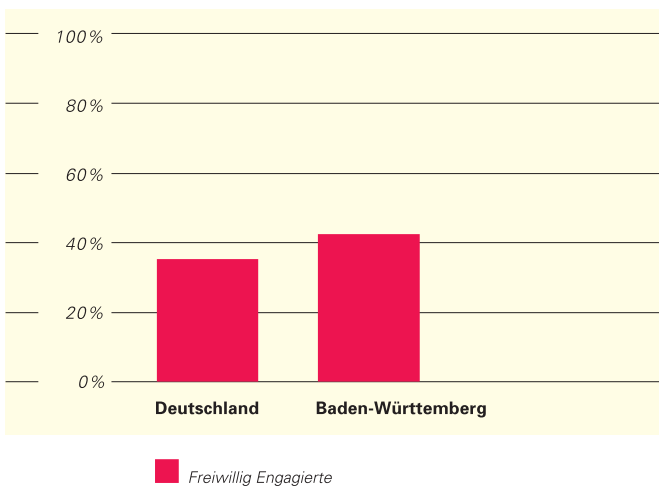


# Daten und Fakten aus Baden-Württemberg

## ZAHLEN UND ENTWICKLUNGEN

**Bürgerschaftliches Engagement liegt im Trend, besonders in Baden-Württemberg. Im Bundesvergleich engagieren sich hier die meisten Menschen. Zudem ist die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement hoch – sowohl bei denjenigen, die sich engagieren und zu Mehrengagement bereit sind, als auch bei denen, die noch kein Engagement ausüben.**

**IM BUNDESWEITEN VERGLEICH SIND IN BADEN-WÜRTTEMBERG DEUTLICH MEHR MENSCHEN ENGAGIERT**



Gemeinschaftliche Aktivitäten sind vielfältig und unterscheiden sich. Der 1999 erstmals erschienene Freiwilligensurvey ist in Deutschland das zentrale Instrument zur Erhebung bürgerschaftlichen Engagements, verstanden als die Übernahme von Verantwortung und bestimmten Pflichten im Rahmen einer gemeinschaftlichen Aktivität. Eine Person, die in einem Sportverein spielt oder einer Freizeitgruppe angehört ist nur teilnehmend aktiv, während sich diejenige Person bürgerschaftlich engagiert, die etwa in der Freizeitgruppe Kassenwart ist oder im Sportverein die Leitung einer Gruppe übernimmt.

In Baden-Württemberg nehmen 73% der Bürger/innen ab ihrem 14. Lebensjahr an Gemeinschaftsaktivitäten teil, das sind 3% mehr als im Bundesvergleich. Die Quote für das Engagement lag bei der Erhebung des zweiten Freiwilligensurveys 2004 landesweit bei 42% (BRD: 36%).

Auch die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement stieg in Baden-Württemberg in dem genannten Zeitraum. 1999 gaben 9% an, noch nicht aktiv, aber „zum Engagement bestimmt bereit“ zu sein. Diese Zahl erhöhte sich 2004 auf 12%. Auch von den bereits Engagierten können sich viele ein Mehrengagement vorstellen. Im genannten Zeitraum stieg die Zahl derjenigen, die engagiert sind und sich eine Ausweitung des Engagements vorstellen können von 17% (1999) auf 19% (2004).

Das größte Engagementfeld bildet nach wie vor der Bereich Sport und Bewegung, allerdings weitete er sich 2004 gegenüber 1999 nicht aus, sein Anteil an der Engagementlandschaft betrug jeweils 15%. In den großen Bereichen steigerte sich das Engagement, lediglich im Bereich Freizeit und Geselligkeit verringerte es sich. Die mittleren Bereiche, wie Politik, berufliche Interessenvertretung, Jugendarbeit/Erwachsenenbildung etc. vergrößerten sich oder blieben gleich. Ein zukünftiges Thema ist die politische Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement, durch die Bürger/innen an politischen Prozessen teilhaben und auf kommunaler Ebene den öffentlichen Raum mitgestalten.

Die Motive für bürgerschaftliches Engagement liegen beim Großteil der Menschen in Baden-Württemberg in der Mitgestaltung der Gesellschaft im Kleinen (67%) sowie im Zusammenkommen mit Anderen (62%). Noch 44% fühlen sich durch eine Aufgabe motiviert, die gemacht werden muss und lediglich 16% sehen in der Tätigkeit eine Form politischen Engagements. Die meistgenannten Erwartungen der Menschen an ihr gemeinschaftliches Engagement sind Spaß an der Tätigkeit zu haben, anderen

Menschen helfen zu können und etwas für das Gemeinwohl zu tun. Hoch sind die Anforderungen an freiwillig Engagierte. Zu 98% wird erwartet, dass die Freiwilligen gut mit Menschen umgehen können. Auch hohe Einsatzbereitschaft (94%) und Organisationstalent (88%) wurden häufig angegeben.

Eine Herausforderung stellt das Themengebiet Bildung und Teilhabe im Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement dar. Menschen aus allen Bildungsschichten nutzen Zugangsmöglichkeiten zu freiwilligem Engagement. Jedoch liegt die Quote bei Bürger/innen mit Fachhochschulreife (50%), Abitur (45%) und Hochschulabschluss (46%) höher als bei Menschen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss (34%). Handlungsbedarf besteht daher bei der Gewinnung von Personen mit niedrigem Bildungshintergrund für freiwilliges Engagement.

**DRITTER FREIWILLIGENSURVEY:  
ERGEBNISSE AB 2010**

Die Ergebnisse des dritten Freiwilligensurveys werden ab 2010 neue Daten zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg und Deutschland bereitstellen. Diese Zahlen ermöglichen den Blick auf die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements über ein Zeitintervall von zehn Jahren, so dass erstmals längerfristige Entwicklungen ablesbar sein werden. Im Freiwilligensurvey 2009 werden die bereits in den Vorjahren untersuchten Themen „Familie, Beruf und Engagement“, „Jung und Alt“ sowie „Frauen und Männer“ weiter analysiert. Vor allem beim generationsübergreifenden Engagement und der Einbindung partizipationsferner und bildungsarmer Bevölkerungsgruppen hat der Freiwilligensurvey 2004 Defizite aufgezeigt, die weiter beobachtet werden. Analog zum zweiten wird es auch für den dritten Freiwilligensurvey eine Sonderauswertung für das Land Baden-Württemberg geben.

Im November 2008 ist eine neue bundesweite Studie zu bürgerschaftlichem Engagement erschienen: Der „Engagementatlas 2009“. Er bildet Landkreise in ihrem Engagement-Profil ab und kann als eine Ergänzung zum Freiwilligensurvey verstanden werden. Allerdings sind die Konfidenzintervalle der Parameter der Studie so hoch, dass die Ergebnisse nicht als sicher gelten können. Dies hat bereits zu Irritationen in Kommunen in Baden-Württemberg geführt, deren Engagement-Quoten in dieser Studie erheblich von eigenen Untersuchungen abwichen. Ebenfalls sind die volkswirtschaftlichen Schlussfolgerungen des Engagementatlas' zu hinterfragen. Denn bürgerschaftliches Engagement kann nicht auf seinen ökonomischen Nutzen reduziert werden, sondern hat spezifische soziale, kulturelle und partizipatorische Eigenqualitäten, die eine volkswirtschaftliche Perspektive nur unzureichend erfassen kann.

**„SPORT UND BEWEGUNG“ HAT EINEN HOHEN ANTEIL AN DER  
VIELFÄLTIGEN ENGAGEMENTKULTUR**

<b>SEHR GROSSE BEREICHE</b>	<b>1999</b>	<b>2004</b>
<i>Sport und Bewegung</i>	15	15
<b>GROSSE BEREICHE</b>		
<i>Kultur/Musik</i>	9	9
<i>Schule/Kindergarten</i>	5	8
<i>Kirche/Religion</i>	8	9
<i>Soziales</i>	4	7
<i>Freizeit/Geselligkeit</i>	6	5
<i>Umwelt-/Natur-/Tierschutz</i>	2	4
<b>MITTLERE BEREICHE</b>		
<i>Politik</i>	2	2
<i>Berufliche Interessenvertretung</i>	2	2
<i>Jugendarbeit/Erwachsenenbildung</i>	1	3
<i>Unfall/Rettungsdienst/Feuerwehr</i>	2	3
<i>Sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten</i>	2	2
<b>KLEINERE BEREICHE</b>		
<i>Gesundheit</i>	1	1
<i>Justiz/Kriminalität</i>	0	1

*Mehrfachnennungen, gerundet, Angaben in Prozent*

**Links/Literatur:**

- Klie, Thomas/ Hoch, Hans/ Wegner, Martina (2007): 2. Wissenschaftlicher Landesbericht zum bürgerschaftlichen Engagement. 2005/2005/2006, hrsg. vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, Stuttgart
- Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg (2007): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Auswertung des Freiwilligensurveys, 2. Aufl.
- Gensicke, Thomas/ Picot, Sibylle/ Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, München
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: [www.statistik.baden-wuerttemberg.de](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de)
- Statistisches Bundesamt: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

**HERAUSGEBER:**

Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg  
Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste  
Schellingstraße 15  
70174 Stuttgart  
Telefon 0711 123-0  
Telefax 0711 123-39 89  
stabsstelle@sm.bwl.de  
www.buergerengagement.de

**TEXT:**

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung  
Bugginger Straße 38  
79114 Freiburg  
Telefon 0761 47812-14  
info@zze-freiburg.de  
www.zze-freiburg.de

**GESTALTUNG UND REALISIERUNG:**

freelance project GmbH  
Silberburgstraße 112  
70176 Stuttgart  
Telefon 0711 993386-0  
info@freelance-project.de  
www.freelance-project.de

**BILDER:**

BE Gruppe Bürgerscheune; Bürgeragentur ZEBRA e.V.;  
Gemeinde Gottenheim; digitalstock | B. Leitner,  
D. Möbus, U. Sterner; iStockphoto | bobbieo, Nikada;  
photothek.net | Ute Grabowsky; Stadt Ulm; Ute Vogt

© 2009, Ministerium für Arbeit und Soziales  
Baden-Württemberg



**Baden-Württemberg**  
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES